



**Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL**  
Vorsitzender des Kreisverbandes  
Pforzheim / Enzkreis  
Geschäftsstelle  
Blücherstr. 7a  
75177 Pforzheim  
Telefon: 07231 / 52 792  
Fax: 07231 / 53 291  
[fdp-pf-enz@t-online.de](mailto:fdp-pf-enz@t-online.de)

## **Newsletter Januar 2012**

### **„Galls Spiel mit der öffentlichen Sicherheit“**

**Weitere Themen: Wirksame Ordnungspolitik statt einer Finanztransaktionssteuer  
Überfällige Strukturreform in der Entwicklungspolitik**

Liebe Mitglieder, Interessierte und Freunde der FDP,

die Strukturreform der Polizei, die Baden-Württembergs Innenminister Reinhold Gall (SPD) angekündigt hat, verunsichert derzeit sowohl Bürger als auch Polizeibeamte. Es zeigt sich leider neuerlich, dass der Minister wenig Gespür für die besonderen Sicherheitsbedürfnisse außerhalb der Ballungsräume hat. Schon im vergangenen August musste ich öffentlich ankreiden, dass im Enzkreis Stellennachbesetzungen an den Polizeiposten Birkenfeld, Heimsheim, Illingen und Niefern-Öschelbronn auf die lange Bank geschoben wurden, bevor endlich erste Verstärkungen kamen. Auf eine Kleine Anfrage hin, die ich anlässlich der jüngsten Vorfälle in Knittlingen im Landtag eingebracht habe (Drucksache 15/1097), hat Herr Gall gerade erst eingeräumt: „Seit August 2011 bzw. schwerpunktmäßig im November/Dezember 2011 war im Enzkreis ein kontinuierlicher Anstieg der Wohnungseinbruchsdiebstähle und Einbruchsdiebstähle in Firmen/Verkaufsräume feststellbar.“ Diese Kriminalitätswelle, die neben Knittlingen vor allem Remchingen, Kieselbronn und Neulingen betreffe, sei auf eine „südosteuropäische Tätergruppierung“ zurückzuführen. Zudem seien im Raum Knittlingen zurzeit vermehrt Buntmetalldiebstähle zu beobachten. All dies zeigt doch, dass die bestehenden Strukturen und Führungskapazitäten vor Ort eher gestärkt als „verschlankt“ werden müssen. Dennoch hat Herr Gall angekündigt, die Zahl der Polizeidirektionen von derzeit 37 auf nur noch 12 zusammenstreichen zu wollen, dabei aber nicht angegeben, welche Direktionen entfallen sollen. Und nun will er erst einmal bis Ostern einer ungunstigen, öffentlichen Diskussion über den Rückzug der Polizei aus der Fläche freien Lauf lassen.

Auch für die Polizeidirektion Pforzheim steht jetzt die Eigenständigkeit auf dem Spiel. Sie könnte einem größeren Gebilde, beispielsweise mit Sitz in Karlsruhe, zugeschlagen werden. Dabei sind wir im Enzkreis und in Pforzheim mit der bisherigen Organisationsstruktur der Polizei gut gefahren. Die Pforzheimer Polizeiführung stand stets in engem Kontakt mit Pforzheim, dem Enzkreis, den Kommunen und den örtlichen Hilfs- und Rettungsdiensten. Bei Großveranstaltungen und Demonstrationen, wie sie Pforzheim beispielsweise immer am 23. Februar erlebt, hat es sich stets ausgezahlt, dass die Einsatzleitung mit den lokalen Gegebenheiten vertraut war. Wenn die leitenden Beamten demnächst in Karlsruhe oder andernorts sitzen sollten, wäre dies so nicht mehr möglich. Es kommt jetzt darauf an, parteiübergreifend alle Kräfte zu mobilisieren, um die Polizeidirektion Pforzheim zu erhalten.

Fraglich ist auch, ob die angekündigte Strukturreform überhaupt die in Aussicht gestellten Einsparungen erbringen kann. Angeblich sollen durch die Reform infolge von Einsparungen bei Leitung und Verwaltung 650 Stellen für den Vollzugsdienst frei werden. Die Parole des Innenministers „Mehr Indianer, weniger Häuptlinge“ klingt ja nicht schlecht, aber die Zusammenlegung von Direktionen allein bringt mit Sicherheit keine zusätzliche Streife auf die Straßen. Ein Leitender Polizeidirektor wird auch in Zukunft kaum den Straßenverkehr regeln. Es mag einige kleinere Polizeidirektionen geben, bei denen eine Zusammenlegung denkbar wäre. Aber eine Reform, die nach Rasenmähermanier zwei Drittel aller bestehenden Polizeidirektionen im Land beseitigen soll, ist ein zu radikaler Einschnitt bei der öffentlichen Sicherheit. Zudem ist es ein weiterer Rückzug von Behörden aus der Fläche, der das Ausbluten des ländlichen Raums verstärken wird. Ich befürchte sogar, dass die Polizeireform ein Versuchsballon der SPD für ihre Lieblingsidee ist: das Aufgehen der Landkreise in großen Regionalkreisen. Auch aus diesem Gesichtspunkt wird meine Fraktion einer derartigen Ausdünnung der Polizeistrukturen nicht zustimmen.

### **Wirksame Ordnungspolitik statt einer Finanztransaktionssteuer**

Unser FDP-Neujahrsempfang in Pforzheim mit dem Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion Rainer Brüderle hat gut 180 Gäste ins Reuchlinhaus gelockt und rundum gute Resonanz erfahren. Für mich ist das abermals ein klares Zeichen dafür, dass sowohl die FDP als auch die liberale Wählerschaft weitaus lebendiger sind, als es manche Journalisten gerne darstellen. Auch mit Rückblick auf das Dreikönigstreffen ziehe ich eine positive Bilanz. Die Debatte über den Mindestlohn-Antrag beim Landesparteitag hat gezeigt, dass die Mehrheit der Basis keineswegs eine Abkehr von liberalen Überzeugungen wünscht, sondern vielmehr deren konsequente Umsetzung und überzeugende Präsentation in der Öffentlichkeit. Ich bin froh, dass die FDP Baden-Württemberg sich nach wie vor als Anwalt

der Sozialen Marktwirtschaft und der in ihr geltenden Tarifautonomie versteht – zum Wohle von Beschäftigten und Unternehmen.

Es gibt ein weiteres Thema, bei dem nun einige selbst ernannte Liberale empfehlen, die „ideologische FDP“ müsse sich „den Realitäten der Zeit“ annähern und ihre Grundhaltung aufgeben. Und sogar die Bundeskanzlerin hat sich von Herrn Sarkozy dafür erwärmen lassen: schnellstmöglich müsse eine europäische Finanztransaktionssteuer auf den Weg gebracht werden, zur Not auch ohne Großbritannien und den Finanzsektor in der City of London. Doch eine Finanztransaktionssteuer würde beide ihr zugeschriebenen Zwecke verfehlen. Sie brächte weder die erhofften Steuerungseffekte noch würde sie substantielle Steuermehreinnahmen erzeugen.

Dem berechtigten Einwand, eine europäische Finanztransaktionssteuer würde den Finanzplätzen Frankfurt, Paris und Amsterdam massiven Schaden im internationalen Wettbewerb zufügen, halten sogar Christdemokraten nun naseweis entgegen, man könne ja eine wohnortsgebundene Finanztransaktionssteuer einführen, so dass eine deutsche Bank auch dann Steuern entrichten müsse, wenn sie ein Börsengeschäft in London oder New York und nicht in Frankfurt tätige. An dieser Milchmädchenrechnung zeigt sich, wie sehr die CDU heute darunter leidet, dass Frau Merkel über Jahre hinweg finanzpolitisch versierte Köpfe erfolgreich aus der Parteiführung vergrault hat. Angesichts der globalen Vernetzung des Finanzwesens ist es doch für jedes größere Kreditinstitut ein Leichtes, Finanztransaktionen in ausländische Tochterbanken auszulagern – ob die nun ihren rechtlichen Sitz in London, auf der Kanalinsel Jersey oder gleich auf den Bahamas haben. Diejenigen, die eine Finanztransaktionssteuer treffen und regulieren soll, werden stets flexibel genug sein, um in Länder ohne entsprechende Besteuerung auszuweichen. Abgestraft würden hingegen immer jene, die für die Bankenkrise am allerwenigsten können: Kleinanleger und Vorsorge-Sparer, die nicht ohne weiteres ins Ausland ziehen können.

Die EU-Kommission hat zwar inzwischen vorgeschlagen, Finanztransaktionen von Privatpersonen von einer möglichen Steuer zu befreien. Dies hat allerdings einen ganz gravierenden Haken: Die wenigsten Privatpersonen, die mit Aktien handeln, kaufen diese selbst, sondern sie lassen einen Fondsmanager mit ihrem Geld arbeiten oder beauftragen beispielsweise eine Direktbank mit dem Ankauf bestimmter Aktien. Und die beauftragen Banken würden ihren Kunden die eigene Steuerlast sicherlich nicht großmütig abnehmen. Kurzum: Eine Finanztransaktionssteuer träfe stets die Falschen und gefährdete zudem noch die Existenzgrundlage von mehreren Tausend Angestellten im Finanzsektor. Dem kann die FDP in dieser Form nicht zustimmen!

Bei der dieser Tage diskutierten Börsenumsatzsteuer wird man sich sehr genau über das Modell unterhalten müssen. Die britische Börsenumsatzsteuer, die als gelungenes Beispiel gilt, hat gleichwohl einen sehr eingeschränkten Geltungsbereich. Die „Stamp Duty Reserve Tax“ in Höhe von 0,5 Prozent wird erstens überhaupt nur auf Aktien erhoben und zweitens nur auf Aktien von Unternehmen, die ihren rechtlichen Unternehmenssitz in Großbritannien haben. Renten, Anleihen und Derivate sind von der Steuer ausgenommen. Die Übernahme des britischen Modells würde also zwar einen ersten, wirklich ganz Europa umfassenden Kompromiss ermöglichen – was durchaus sinnvoller wäre als ein provinzielles deutsch-französisches Vorpreschen – sie würde allerdings auch einen großen Teil des Finanzhandels ausklammern.

Die Erfahrungen mit weiter greifenden Börsenumsatzsteuermodellen sind jedoch ernüchternd. Bis 1991 hatten wir eine Börsenumsatzsteuer in Deutschland. Im letzten Jahr ihrer Gültigkeit brachte sie gerade einmal 50 Millionen Deutsche Mark ein. Die zusätzlichen Steuermilliarden, welche die Sozialdemokraten sich von einer neuen Besteuerung versprechen, erscheinen also eher abenteuerlich. Auch Schweden führte 1984 eine Börsenumsatzsteuer ein (Valpskatt), von der sich Stockholm damals zusätzliche Einnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden Kronen (umgerechnet 165 Mio. €) versprach. Tatsächlich wurden es niemals mehr als umgerechnet 9 Millionen Euro im Jahr. Gleichzeitig brach aber der Handel mit festverzinslichen Wertpapieren in Schweden unmittelbar nach Einführung der Börsenumsatzsteuer um 85 Prozent ein. Nach sieben Jahren zogen die Schweden die Notbremse und schafften die Steuer wieder ab – übrigens damals während einer handfesten Bankenkrise. Deshalb ist auch aktuell bei diesem Thema die schwedische Regierung neben der FDP die größte Skeptikerin in Europa.

Statt aktionistischer und effektloser Symbolpolitik braucht der europäische Finanzmarkt klare ordnungspolitische Vorgaben. Dazu zähle ich die konsequente Umsetzung der Basel III-Empfehlungen, laut denen Banken mehr Eigen- und Kernkapital als bisher vorhalten müssen. Dabei muss allerdings sichergestellt sein, dass dies im Einzelfall nicht zum Problem für die Kreditvergabe an kleine und mittelständische Unternehmen gerät. Wir sollten auch mögliche Schlupflöcher bei den gesetzlichen Bewertungspflichten für Anlage- und Umlaufvermögen im Handelsgesetzbuch überprüfen, damit faule Anlagebestände von Kreditinstituten nicht monatelang verschleiert werden können. Auch erscheint es mir sinnvoll, wie Rainer Brüderle es fordert, bestimmte Auswüchse des computergestützten Handels zu regulieren. Darüber hinaus begrüße ich seinen Vorschlag, in der EU eine Bankenabgabe nach deutschem Vorbild anzustreben, damit die Banken in Zukunft selbst den Notgroschen für ihre Rettung erwirtschaften und dies nicht mehr dem Steuerzahler abverlangen. Solche

wirksamen Maßnahmen müssen wir forcieren, auch wenn sie nicht ganz so große Presseschlagzeilen bringen mögen wie manche Phantasie der Globalisierungsgegner.

### **Überfällige Strukturreform in der Entwicklungspolitik**

Ein Wort noch zu den aktuellen Vorwürfen an den Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit Dirk Niebel. Es ist schon erstaunlich, welches Echo die Halbwahrheiten der Report-München-Redaktion auch in vermeintlich seriösen Medien gefunden haben. Der Vorwurf, Bundesminister Niebel blähe sein Ministerium unnötig auf, anstatt Stellen einzusparen, ignoriert schlicht die massive Strukturreform in der Wirtschaftlichen Zusammenarbeit, welche die FDP nach Jahren des strukturellen Stillstands im BMZ in Gang gesetzt hat: Durch die Zusammenführung des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED), der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung (InWEnt) und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit zur Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) wurden erst einmal 700 Stellen im Stellenplan des Bundes eingespart.

Im Gegenzug sieht die Reform vor, die Steuerungs- und Evaluierungskapazitäten innerhalb wie außerhalb des Ministeriums zu erhöhen. Dazu soll ein unabhängiges Evaluierungsinstitut mit 38 Stellen geschaffen werden sowie eine Servicestelle für das zivilgesellschaftliche und kommunale Engagement mit 145 Stellen. Außerdem sollen noch bis zu 210 Stellen in das Ministerium selbst überführt werden. Es bleibt also nach Adam Riese noch immer ein faktischer Personalabbau im Umfang von gut 300 Stellen – kein schlechter Schnitt nach einem Jahrzehnt der Personalexpansion unter der sozialdemokratischen Ministerin Heidemarie „Rote Heidi“ Wieczorek-Zeul. Das BMZ erwartet, dass sich infolge dieser Umstrukturierung bis 2014 Einsparungen in Höhe von 11 Millionen Euro pro Jahr einstellen.

Die Umstrukturierung ist im Übrigen nicht willkürlich ausgearbeitet worden, wie es einige Journalisten behaupten. Sie entspricht vielmehr den Vorgaben der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien und folgt von ihrer Zielsetzung her sogar den Empfehlungen des politisch unabhängigen Bundesrechnungshofes vom 10. November 2010: „Der Bundesrechnungshof hält die Sicherung und Verbesserung der Steuerungsfähigkeit des BMZ gegenüber der künftigen Gesellschaft für eine Grundvoraussetzung für den Erfolg der Reform.“

Ihr

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Kreisvorsitzender